

Wirtschaft und Politik

Was wusste Ex-Verteidigungsminister Jung?

Neue Dokumente belegen, dass die Bundeswehr Erkenntnisse zum Luftangriff auf zwei Tanklaster bewusst verheimlicht hat.

Rüdiger Scheidges Berlin Mit einem Paukenschlag begann Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg gestern im Bundestag seine Rede zur Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes. Mit forschem Tonfall verkündete der CSU-Politiker die Entlassung des ranghöchsten Soldaten der Bundeswehr, Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan. Der altgediente Vier-Sterne-General - kein Vorgänger war bisher länger im Amt - habe die Verantwortung für die Vorgänge rund um den Luftangriff im September übernommen und um sein vorzeitiges Ausscheiden gebeten, sagte zu Guttenberg. Auch sein Staatssekretär Peter Wichert geht. Der Verteidigungsminister erwähnte nicht, dass er sich am Vorabend mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf diese Bauernopfer verständigt hatte.

Doch im Parlament war allen längst klar, dass die Affäre nun direkt auf den Verteidigungsminister der Großen Koalition, Franz Josef Jung, zulaufen musste. Denn der hatte die Öffentlichkeit über den Bombenangriff in Afghanistan auf zwei von den radikal-islamischen Taliban entführten Tankwagen offenbar nicht vollständig informiert. Denn gestern von der "Bild"-Zeitung veröffentlichte Unterlagen belegen, dass der deutsche Oberst Georg Klein, der den Angriff Anfang September angefordert hatte, die Anwesenheit von Zivilisten nicht hatte ausschließen können. Tatsächlich wurden bei dem Angriff Zivilisten getötet, auch Kinder.

Opposition fordert Rücktritt Auch Tage später hatte der damalige Verteidigungsminister Jung noch behauptet, es habe "seinen Erkenntnissen zufolge" keine zivilen Opfer gegeben. Interne Nato-Prüfungen hatten bereits damals sehr brüsk dieser Darstellung der deutschen Militärs widersprochen, die Sache aber zumindest öffentlich auf sich beruhen lassen.

Oppositionsabgeordnete aus allen Parteien legten Jung gestern den Rücktritt nahe und verlangten einen baldigst einzusetzenden Untersuchungsausschuss. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier forderte eine unverzügliche Einsetzung des Gremiums: "Offenbar sind Informationen, die im Verteidigungsministerium vorlagen, der Öffentlichkeit und dem Parlament systematisch vorenthalten worden." Auch die Grünen bestanden auf einem Untersuchungsausschuss. Zusammen verfügen beide Parteien über die notwendige Zahl von mindestens einem Viertel der Bundestagsabgeordneten, um dessen Einsetzung zu erzwingen.

Frithjof Schmidt von den Grünen forderte hingegen, den Verteidigungsausschuss zum Untersuchungsausschuss umzuwidmen. Schmidt sagte an die Adresse von Jung: "Wenn sich bestätigen sollte, dass Sie de facto den Bundestag belogen haben, sind Sie als Minister nicht mehr haltbar - egal in welcher Funktion." Experten sehen nicht nur die persönliche Verantwortung des Ministers, sondern kritisieren ein mangelhaftes Frühwarnsystem der Regierung.

Kein Vorfall in dem nun seit acht Jahren andauernden Bundeswehreininsatz in Afghanistan und auch kein tödlicher Anschlag auf deutsche Soldaten hat den Bundestag und die Öffentlichkeit in Deutschland so beschäftigt wie dieser Angriff. Konsequenzen wurden keine gezogen, die Kritik an der für ihren Auftrag mangelhaften, falschen und unzulänglichen Ausrüstung der Bundeswehr wurde vom Ministerium und seinem damaligen Sprecher barsch zurückgewiesen.

Erst am Tag des Amtswechsels von Jung auf zu Guttenberg am 28. Oktober traf der Untersuchungsbericht der Nato ein, in dem von "Verfahrensfehlern" die Rede war. Jung musste sich dazu nicht mehr äußern. Zu Guttenberg erklärte eine Woche später waghalsig und womöglich auch falsch informiert: "Selbst wenn es keine Verfahrensfehler gegeben hätte, hätte es zu dem Luftschlag kommen müssen." Damit stand der 37-Jährige gestern plötzlich selbst in der Schusslinie.

Zu Guttenberg kündigt Prüfung an Vor allem Grüne und Linke forderten von ihm, diese Aussage, die nach Informationen des Handelsblatts in der Form nicht vom Nato-Bericht gedeckt sind, zurückzunehmen. Zu Guttenberg kündigte eine Prüfung aller Berichte und Meldungen an, die er nach eigenen Angaben erst am Vortag zum ersten Mal gesehen habe.

Kanzlerin Angela Merkel stellte sich gestern nur halbherzig vor Jung. Der Afghanistan-Einsatz könne nur dann das Vertrauen der Bevölkerung haben, wenn es stets volle Transparenz und volle Aufklärung gebe.

Kasten: DIE EREIGNISSE

4. September: Luftangriff der Bundeswehr auf zwei Tankwagen mit 142 Toten und Verletzten bei Kundus. Verteidigungsminister Jung verteidigt den Angriff auch Tage danach als geboten.

5. September: Die Staatsanwaltschaft Potsdam leitet Vorermittlungen gegen den Befehlshaber Oberst Klein ein.

8. September: Die Nato räumt erstmals ein, dass auch Zivilisten getötet worden seien.

29. Oktober: Generalinspekteur Schneiderhan bekräftigt, er habe "keinen Grund" daran zu zweifeln, dass Oberst Klein angemessen gehandelt habe.

6. November: Verteidigungsminister zu Guttenberg verteidigt den Angriff als "angemessen".